

Geschäftsstelle des
Landesjugendhilfeausschusses Berlin

Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Berlin am 17.02.2021

TOP 9 der Tagesordnung:

B e s c h l u s s

zu

Aufwandsentschädigung für Praktikant*innen nicht nur in der öffentlichen Jugendhilfe finanzieren – Praktikant*innen bei Trägern der freien Jugendhilfe nicht vergessen

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt:

Der LJHA begrüßt, dass das Land Berlin den Praktikant*innen in den Einrichtungen und Diensten der freien Jugendhilfe (z.B. den Kita-Eigenbetrieben) eine Aufwandsentschädigung zahlt. Der LJHA nimmt aber bestürzt zur Kenntnis, dass dies über Sonderfinanzierungen erfolgt, die den Trägern der freien Jugendhilfe nicht zur Verfügung stehen.

Der LJHA fordert die Senatsjugendverwaltung und das Abgeordnetenhaus von Berlin auf, umgehend eine Finanzierung für die Aufwandsentschädigung aller rund 4.100 Praktikant*innen, die sich in einer Vollzeitausbildung zur/zum staatlich anerkannten Erzieher*in in den öffentlichen Fachschulen und den Fachschulen freier Träger befinden, sicherzustellen. Die Bevorzugung von Praktikant*innen in der öffentlichen Jugendhilfe durch die Finanzierung der Aufwandsentschädigung unterläuft die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen und der freien Jugendhilfe. Derzeit stellen die freien Träger der Jugendhilfe für rund 3.900 Studierende (rund 95%) die entsprechenden Praktikumsplätze für die drei Praktikumsphasen während der Ausbildung zur Verfügung. Eine zusätzliche Finanzierung ist somit allen Trägern zur Verfügung zu stellen, die in der Jugendhilfe Praktikant*innen ausbilden.

Gleiches muss für Praktikant*innen der anderen durch die Regelung erfassten Ausbildungsgänge (z.B. Studiengänge der sozialen Arbeit (B.A.), Kindheitspädagogik (B.A.), der Heilpädagogik (B.A.)) gelten.

Der LJHA befürchtet durch das einseitige Handeln des Landes, dass aufgrund der ungleichen Voraussetzungen die Praktikumsplätze in der freien Jugendhilfe mittelfristig abgebaut und so die gerade mit hohem Aufwand ausgeweiteten und dringend benötigten Ausbildungszahlen mittelfristig nicht mehr gehalten werden können.

Abstimmung 15 / 0 / 0